

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1288.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alstadt

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4000.— M., durch die Post bezogen monatlich 4000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1250.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 250.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Vogelkappe Komparatizeile 400.— M., auswärts 500.— M., die Vogelkappe Restanzeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Auftrags-Ermäßigung, Familienangehörigen, Stellen- u. Verleihsuche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinverleger 150 M.

Nr. 71

Dresden, Sonnabend den 24. März 1923

34. Jahrg.

## Der drohende Bürgerkrieg

Der Kampf ist noch nicht zu Ende; die Erlösung wird von der Seite kommen, von der sie kommen muß. Es darf nicht heißen, daß wir nach dem Norden sehen müssen, sondern wir müssen gegen den Norden marschieren, um dem deutschen Volk zu zeigen, was deutsch heißt. Hier eine Stichprobe aus der neuesten Rede Hillers, die von der sozialdemokratischen Münchener Post auszugswise abgedruckt wird. Die Darlegungen Severings im preussischen Landtag erhalten durch diese Wägen aus dem Süden ihre besondere Farbe. Genosse Severing hat gestern im preussischen Landtag mit einer Zurückhaltung gesprochen, die unrichtig zu verstehen ist. Er mußte das erwartete Material über den von der deutschvölkischen Freiheitspartei geplanten Gewaltstreik zurückhalten, da noch wichtige Erfahrungsmaßnahmen im Gange sind und die Untersuchungen durch vorzeitige Veröffentlichung nicht beeinträchtigt werden dürfen. Das war auch der Grund, der Severing davon abhielt, Einzelheiten über den rein militärischen Ausbau und den Umfang der rechtsradikalen Kampforganisationen zu geben. Aber was er bekannt gab, genügt vollkommen, um die Größe der Gefahr zu kennzeichnen, die der Republik von den vollverrückten Deutschvölkischen droht. Es genügt, um festzustellen, daß die norddeutschen Völkischen nicht nur in enger Fühlung mit den bayerischen Nationalsozialisten stehen, sondern daß sie sich ihnen bereits organisatorisch untergeordnet haben, um der Republik den Hals umzudrehen. Aus dem Vieles an Rohbach geht hervor, daß die Frage der Oberbefehlshaberhaft Hillers für den kommenden Aufstand schon geregelt war, daß sich die Ehrhardtleute und — selbstverständlich! — Ludendorff vollkommen im Bilde befanden. Auch Reichswehroffiziere stehen mit den Rohbach'schen Freikorpsorganisationen in Verbindung.

Der preussische Minister des Innern hat mit Wirkung vom 23. März auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die Deutschvölkische Freiheitspartei mit allen ihren Zweigvereinen und Organisationen einschließlich ihrer Jugendvereine und Organisationen einschließlich ihrer Jugendvereine einseitig aufgelöst und verboten. Das Vermögen der aufgelösten Vereinigungen wurde ebenfalls auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik zugunsten des Reiches beschlagnahmt.

Es ist auch nur eine Konsequenz des Stresses in das deutschvölkische Verstandesnetz, wenn Severing das Verbot aller Selbstschutzorganisationen ankündigt, die die öffentliche Ordnung gefährden. Es kommt nur darauf an, was man darunter verstehen will. Selbst wenn es gelänge, die bewaffneten Geheimorganisationen in Preußen auszurotten, so bliebe immer noch die Gemeingefährlichkeit der bayerischen Rüstorgane. Die faschistischen Organisationen, die gerade in den letzten Tagen in Bayern wiederholt Proben ihres gemeingefährlichen Wesens gegeben haben, sind eine unmittelbare Bedrohung aller Bayern benachbarten Staaten und darüber hinaus des ganzen deutschen Reiches. „Gegen den Norden marschieren“, sagt Hillers in der oben wiedergegebenen Rede. Die sozialdemokratische Arbeiterkraft Württembergs, Thüringens, Sachsens brauchte keinen Selbstschutz, wenn mit dem faschistischen Treiben in Bayern und Schlesien aufgeräumt würde.

Der reaktionäre Teil der bürgerlichen Presse versucht von diesen Tatsachen abzulenken, indem sie von einer im Entstehen begriffenen „Roten Armee“ spricht. Diese Armee ist längst da: sie besteht in jenem Willensheer sozialistisch-republikanischer Arbeitermassen, die im Ernstfalle die Republik bis aufs letzte verteidigen würden. Und sofern in verschiedenen Teilen des Reiches Selbstschutzorganisationen aus dem Boden wachsen, kommen sie als Antwort auf das überhandnehmende faschistische Vandalentum. Nur unterscheiden sie sich äußerlich von diesen faschistischen Bänden durch ihre Waffenlosigkeit. Es ist ein unerhörter Skandal, daß in Deutschland trotz den klaren Bestimmungen des Waffengesetzes reaktionäre Bänder auf der Westbahn herumfahren und sich irgendwo konzentrieren können, daß faschistische Truppen, mit Dolch und Revolver bewaffnet, durch die Straßen ziehen. Behörden, die dieses Treiben dulden, dürfen sich nicht wundern, wenn die Arbeiterkraft zu entsprechender Gegenwehr greift, und eine Reichsregierung, die solche Zustände hat eintreten lassen, ist mitschuldig, wenn Deutschland heute am Rande des Bürgerkrieges steht. Ist es doch schon so weit gekommen, daß in Bayern in Bayern auf ausdrückliches Eruchen der demokratischen Partei einige Blöde der sozialdemokratischen Sicherheitsabteilungen eine Versammlung schlingen mußten, in der der demokratische Senator Dr. Petersen sprach!

Wer jedoch glaubt, daß sich in Deutschland die Dinge so entwickeln könnten, wie in Italien, wo Mussolini bekanntlich von den Vojaken seiner Schwarzhemden auf den Diktatorstempel gehoben wurde, der irt sich. Deutschland ist in mehr als einer Hinsicht von Italien verschieden. Der republikanisch-demokratisch-sozialistische Teil der deutschen Bevölkerung ist so stark, daß sich die Rechtsblockadewellen an diesem Felsen ihre enghorizontigen Schwellen einrennen müßten, wenn sie ihn zu überrennen suchten. Man kann heute schon prophezeien, ohne als schlechter Prophet zu gelten: der deutsche Faschismus aller Spielarten hat die Grenze seines Wachstums bereits überschritten und die Zerlegungserwartungen in diesen Reichen sind das aufschlagsmoment. Die Enthüllungen der letzten Zeiten haben bewiesen, daß da drüben im rechtsblockadeweltlichen Lager ein geistiger und moralischer Wirrwarr herrscht, der sich selbst auflöst.

Da ist die eine separatistische Richtung, die Bayern von Deutschland losreißen, die mit Tirol ein eigenes Königreich bilden möchte und im Rheinvalle fran-

zösischer Agenten treibt wie die Fuchs, Nachhaus und die Leute vom „Blücher-Bund“.

Da sind jene Geister der Frankfurter Untergruppe, die durch ein Schnagogement das Signal zu Unruhen, zu kommunistischen Erhebungen und damit zur bayerischen Loslösung geben wollten! Da sind die Nationalsozialisten, die ebenso mit nationalsozialistischen wie antikapitalistischen Phrasen um sich werfen und damit nicht nur gewisse kapitalistische Teile Bayerns, sondern vor allem auch das Zentrum kopfscheu machen! Da ist endlich die Judenborfsgruppe, eine antisemitische und ausgesprochen antiparlamentarische Richtung, die sich vor allem aus Teile des früheren Offizierskorps und norddeutsche Elemente stützt, um das alte Deutschland wieder herzustellen — das die partikularistisch-bayerische Gruppe der Erzprinz Rupprecht, Prinz und Heim usw. wiederum nicht wollen! Einig ist sich der ganze reaktionäre Laden nur im Haß gegen Sozialismus, Republik und Demokratie, aber im übrigen intriguieren die Führer der Gruppen gegeneinander und vielleicht dürfte binnen kurzem von ihnen das heilsame Wort gelten: „Jeder von den Hundshunden wird vom andern abgetan.“

Reichskanzler Cuno hat in München und Stuttgart schöne Reden gehalten. Und zwar gegen die Franzosen. Das erscheint uns, namentlich da die Reden im Süden Deutschlands gehalten wurden, äußerst ungenügend. Er hätte mit mindestens demselben Pathos sich gegen den Feind kehren müssen, der in Lande steht. Die Sozialdemokratie muß von der Reichsregierung fordern, daß das Gesetz zum Schutze der Republik angewendet wird, aber sie darf sich nicht wundern, wenn eines Tages auch gegen sie allerhand Schießselben losgehen, die heute noch nicht sichtbar getragen werden.

## Cunos gefährliches Spiel

Reichskanzler Cuno hat seine nationalsozialistischen und verhandlungsfeindlichen Reden am Freitag in Stuttgart fortgesetzt. Hatte er am Tage vorher in München in ziemlich scharfer Form erklärt, daß die Regierung keinerlei Verhandlungsbefugnisse ausgereicht habe und das auch nicht zu tun gedente, so kam er in Stuttgart bei einem offiziellen Empfang durch Regierung, Landtag und Stadt auf einen andern Punkt seiner Münchener Rede zurück und erklärte:

„Wenn man fragt: Wann sind Verhandlungen möglich, so frage ich: Gehen wir nicht genug Angebote nach Frankreich an? Sollen wir ein Angebot geben, mit dem wir mehr, etwas ganz anderes als bisher, nämlich die Souveränität des Reiches, die Unabhängigkeit der Länder am Rhein und an der Ruhr, die Unabhängigkeit und Freiheit des deutschen Volkes zum Opfer bringen würden? Das wäre nichts anderes als Unterwerfung. Ein solches Angebot wird dieses Kabinett nicht machen. Ich habe gestern in München gesagt, daß die Verhandlungen die intrudieren sollten, von der vorbehaltlosen Räumung der Ruhr auszugehen müßten. Ich denke, wir können die Waffe des passiven Wider-

## Severings Anklagen

Der preussische Landtag beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der bereits bekannten Großen Anfrage unter Genossen über die

### Selbstschutzorganisationen.

Herr Dr. Meyer, (Streußen, Komm.) verlangt die Verbindung der Beratung der Großen Anfrage mit einem kommunistischen Antrag betreffend die Selbstschutzorganisationen. Nach Ablehnung der kommunistischen Forderung erhält zur Begründung der Großen Anfrage das Wort

Herr Genosse (Sog.)

Bei unserer Anfrage leitet uns der Wunsch, unter allen Umständen über die Selbstschutzorganisationen endlich einmal volle Klarheit zu schaffen. Diese Klarheit ist angeht, der seit Wochen herumfliegenden Gerüchte und Kombinationen dringend notwendig. Aus dem vorliegenden Material geht hervor, daß diese Organisationen und Verbände den Bürgerkrieg und die Wiederherstellung der Republik mit Waffengewalt beabsichtigen. Ferner geht aus den eingelaufenen Nachrichten hervor, daß

Reichs- und Staatsorgane an diesem Treiben beteiligt sein sollen. Das macht die in den meisten Fällen eingetragene Verantwortung durchaus verständlich.

Ein besonderes Augenmerk legt der Minister auf Ober-Schlesien richten. Aus Reuthe, Hindenburg und Gleiwitz liegen Berichte vor, die die Situation als äußerst ernst erscheinen lassen. In Hindenburg haben die Selbstschutzverbände trotz des Verbots einen Hangelzug arrangiert, wogegen bereits Schupo eingesetzt werden mußte. Erzwiesenerweise ist die Schupo von den Rohbach-Bänden bald abgerückt und hat ihre Pflicht mit harter Hand erfüllt.

Kun wird von der angeblichen Mobilisierung einer „Roten Armee“ gesprochen. Es handelt sich dabei nur um ein Ablenkungsmanöver. Wenn man sich gegen Anipfelhelden von rechts wie von links wehrt, so ist das keine Annäherung von polizeilichen und militärischen Maßnahmen. (Zehr richtig! links.)

Das deutsche Volk muß die Überzeugung haben, daß die Organe der Republik ihren Aufgaben gemessen sind und in dieser schweren Zeit ihres Amtes warten. Deshalb ruft meine Fraktion Ihnen, Herr Minister, zu: Wachen Sie mit größter Aufmerksamkeit darüber, daß die der deutschen Republik drohenden Gefahren abgewendet werden und Deutschland nicht inner- und außenpolitisch schwersten Schäden erleidet. (Beifall! Beifall! links.)

standes nicht niederlegen und aus der Hand geben, wenn das nicht auch der Gegner tut. Aber was und bis zu welcher Zeit der Gegenstand, laute nicht, als ob wir das darauf rechnen könnten, zu einem Ende zu kommen. Stellen wir das Volk auf unsere Stimmung ein, dann ist es besser, ihm zu sagen, daß es noch lange dauern wird.“ Cuno forderte dann Beifall an der Einheitsfront der Abwehr.

Daß durch solche verhandlungsfeindlichen Reden die Abwehrfront gefährdet, ja geradezu durchbrochen wird, scheint Herr Cuno mit in den Kauf nehmen zu wollen. Es ist hohe Zeit, daß Klarheit über die Haltung der Regierung geschaffen wird. Aus Anlaß der Münchener Rede des Reichskanzlers hat die sozialdemokratische Reichstagsaktion den Abgeordneten Stresemann ersucht, sofort eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses einzuberufen. Der Ausschuss tritt bereits heute Sonnabend zusammen. Wenn die Regierung die Dinge so weiter treibt, wie die Reden Cunos vermuten lassen, so muß der schärfste Kampf gegen sie aufgenommen werden.

## 20000 Mann Verstärkung

Paris, 23. März. In der Kammer erklärte der Kriegsminister Maginot, daß die Regierung genötigt sei, die Truppenstärke im Ruhrgebiet demnächst um 20000 Mann zu erhöhen.

Dortmund, 23. März. Die Franzosen haben heute für unbestimmte Zeit sämtliche Eisenbahnen in der Gegend von Dortmund mit Ausnahme des Generalangelegers verboten.

Dortmund, 23. März. Heute vormittag wurde der Leiter der staatlichen Bergwerksinspektion, Oberbergamt Abends, abermals von den Franzosen verhaftet und nach Westinghausen ins Gefängnis gebracht.

Dortmund, 23. März. Die Dortmunder Zeitungen bringen wieder eine Liste von 26 Eisenbahnen, die nur geschoben konnten, da die Polizei nicht mehr vorhanden ist. Vergangene Woche veröffentlichten sie eine Liste von 40 Eisenbahnen.

Dortmund, 23. März. Der Täter, der den Anschlag auf Cuno ausgeführt hat, der sich den Namen Karl Kalbers auslegt hatte, aber richtig Karl Deubmann heißt, ist durch die Kölner Kriminalpolizei verhaftet worden.

## Aufruf der Bergarbeiterverbände

Dortmund, 23. März. Die Bergarbeiterverbände Deutschlands haben an die Ruhrbergwerke einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt, daß die französischen Gewerkschafter den Arbeitern herrliche Zeiten in Aussicht stellen, wenn sie sich unterwerfen würden. Dies seien jedoch nur Lockmittel. Der französische Imperialismus und Militarismus seien und bleiben arbeitfeindlich. Der schlagende Beweis hierfür sei der Bergarbeiterstreik im Saarrevier, wo die französische Regierung jedes Entgegenkommen abgelehnt und Militär gegen die Streikenden aufgeschoben habe. Frankreich werde auch weiterhin keine Röhre und keinen Kohl bekommen, und der Versuch, die Kohlenbestände abzufahren, werde ein Mißerfolg bleiben. Der Aufruf schließt: Kameraden! Wir bleiben fest im Abwehrkampf für unser Recht und unsere Freiheit. Wir lassen uns weder durch Zwangsbrot, noch durch Trohungen vom französischen Militarismus und Imperialismus zur Fronarbeit bringen.

Die Große Anfrage beantwortet

Minister des Innern Severing:

Es wäre meines Erachtens richtiger gewesen, wenn man Rücksicht genommen hätte auf die tatsächliche Abwehr in dem uns an der Ruhr, und am Rhein abgezwungenen Kampfe. Heute stellt der Landtag ein sehr unerfreuliches Bild von politischer Herrlichkeit dar. Man hat mir die Würde angedichtet, daß ich heute eine sensationelle Rede halten sollte (Zurufe). Das ist tatsächlich in dem Munde des Herrn Rohbach, im „Kölnischen Anzeiger“ und im „Tag“ gesehen (Heiterkeit). Der Umstand, daß ich mich bemüht habe, die Angelegenheiten, um die es sich hier handelt, in Verhandlungen mit den zuständigen Reichsstellen zu erledigen und daß ich hier nicht darüber gesprochen habe, ist der beste Beweis dafür, daß mir nichts fernere liegt, als eine Sensation. Es ist auch nicht richtig, daß ich einen scharfen Kampf gegen die nationalsozialistischen Verbände führen will. Wichtig ist nur, daß ich

gegen jeden Ruhestörer im Staate vorgehen

will, ganz gleich, welchen Mantel sie sich umhängen. (Beifall.) Die Behauptung, daß die Selbstschutzorganisationen Ausrüstungsgebiete bilden für Formationen, die eventuell gegen den äußeren Feind verwendet werden sollen, ist wahrscheinlich unterstellt worden durch die Bewegung, die so viele junge Leute in den ersten Tagen des Ruhrkampfes in Hannover, der Provinz Sachsen, Brandenburg, Pommern und sogar in Ostpreußen ergriff. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß in einigen Fällen eine Verbindung mit Selbstschutzorganisationen bestand. Ich möchte aber doch meinen, daß diese Bewegung nicht so ohne weiteres mit den Selbstschutzbestrebungen zusammengeworfen werden darf. Im Ruhrrevier selbst war das Gerücht verbreitet, daß alle waffenfähigen jungen Leute von den Franzosen zum französischen Bataillon dienst gemacht werden würden oder mindestens demnächst dorthin folgen würden, das Gebiet zu verlassen und sich dem Reichswehrministerium zur Verfügung zu stellen. Das Reichswehrministerium hat demgegenüber sofort die nötigen Instruktionen gegeben. Der Kommandeur des betreffenden Bezirks in Münster hat sich an den Oberpräsidenten gewandt mit der Bitte, Schleunigkeit für den Abtransport der jungen Leute zu sorgen. Das gleiche ist in Hannover geschehen, und auch in Berlin hat die zuständige Zentralstelle des Wehrministeriums gar keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß diese jungen Leute möglichst schnell wieder